

**Nr. 13/09 vom 30.10.2009**

## **Die energiepolitischen Herausforderungen in der 7. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments**

**Berlin. Zu Beginn der 7. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments stellte der Europaparlamentarier und Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Herbert Reul, die kommenden energiepolitischen Herausforderungen im Rahmen des Internationalen Energiedialoges des Forum für Zukunftsenergien vor.**

Reul sieht die energiepolitischen Aufgabenstellungen in den Bereichen Wettbewerb und Kosten, Klima und Umwelt sowie Versorgungssicherheit und betont ihre gleichrangige Wertigkeit. Daher kritisierte er die starke Fokussierung der letzten EU-Kommission auf die Fragestellungen des Klimaschutzes. Er gehe davon aus, dass in der kommenden Legislaturperiode eine andere Gewichtung vorgenommen werde.

Aktuell werde die Diskussion geprägt durch den von der EU-Kommission im Oktober vorgelegten vorläufigen Aktionsplan Energieeffizienz. Demzufolge ist vorgesehen, gesetzlich verbindliche Effizienzziele für die Mitgliedstaaten festzusetzen, eine europäische Gebäudeinitiative zu veranlassen und eine Änderung des Verbraucherverhaltens, u.a. durch Aufklärungsbemühungen, zu erreichen. Der Transportsektor bleibe noch ausgenommen, die EU-Kommission habe jedoch ein entsprechendes Weißbuch „Energieeffizienz im Transportwesen“ für das Jahr 2010 angekündigt.

Zu diesen Plänen äußerte sich der Abgeordnete Reul sehr kritisch. Seiner Meinung nach werde außer Acht gelassen, dass Effizienzziele nicht politisch verordnet werden könnten, sondern in großem Maße von der technologischen Entwicklung abhängig seien. Mit Blick auf das Vorhaben, die Gewohnheiten und Vorlieben der Bürger zu beeinflussen, sprach er sich dafür aus, den Bürgern Optionen anzubieten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das erfolgreiche Labeling bei der Weißen Ware.

Die Ökodesign-Richtlinie wurde 2009 auf alle energieverbrauchsrelevanten Produkte ausgeweitet. In Durchführungsverordnungen werden Mindeststandards festgelegt (Beispiel Glühbirne). Reul sah die Schwierigkeit darin, nicht übermäßig regulierend tätig zu sein und den mit dem Vollzug der Vorschriften verbundenen Aufwand auch gewährleisten zu können. Schon jetzt gebe es Hinweise, dass die für die Kontrolle der Einhaltung zuständigen Bundesländer nicht über die entsprechenden Kapazitäten verfügten.

Im Trilogverfahren befinde sich die Gebäudeeffizienz-Richtlinie: Reul betonte, dass es nicht ausreiche, nur auf die Neubauten zu setzen, ebenso müsste auch der Gebäudebestand berücksichtigt werden. Es

seien jedoch auch die Kosten zu bedenken, die man den Eigentümern damit aufbürde. Im Trilog sei nun noch eine Fülle von Details, u.a. zum Energieausweis und zur Finanzierung der Maßnahmen, zu klären. Reul ist sich nicht sicher, ob diese Pläne – wie ursprünglich angestrebt – noch unter schwedischer Präsidentschaft zu verwirklichen seien.

Zu den grundsätzlichen Fragestellungen dieser Legislaturperiode gehört, den Ausführungen des Abgeordneten Reul zu Folge, die Forschungsförderung. Im nächsten Jahr werde es einen Review über den 6. Forschungsrahmenplan geben, um dann den neuen Forschungsrahmenplan zu formulieren. Reul erwartet heftige Diskussionen über die Frage der Mittelverteilung. Er hofft, dass nicht nur ein Forschungsbereich gefördert werde, sondern dass gleichermaßen Mittel in die Forschung für Erneuerbare Energien, für nukleare Fragestellungen und für die Effizienzsteigerung fließen.

Seit kurzem liegt dem ITRE-Ausschuss der Verordnungsvorschlag über die Gasversorgungssicherheit vor, der Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung enthält. In diesem Zusammenhang erinnerte Reul daran, dass die Krise zwischen der Ukraine und Russland im letzten Winter gemeistert wurde. Er frage sich deshalb, ob eine Verordnung überhaupt bzw. in diesem Umfang nötig sei, denn die Hauptverantwortung liege zunächst einmal bei den Betreibern. Diskutiert werde die Frage, wann die Politik eingreifen müsse: Während die EU-Kommission ein Eingreifen bei einem Lieferausfall von 10% als notwendig erachte, setze sich Reul für eine 20%-Marke ein, da Experten bescheinigt hätten, dass 10% beim Ausfall einer Quelle schnell erreicht werden könnten und er der EU-Kommission Einflussnahmemöglichkeiten nur in wirklich bedrohlichen Situationen einräumen möchte.

Reul erwartet, dass die EU-Kommission in Zukunft das Thema „Strategische Erdgasspeicher“ aufgreifen und in diesem Zusammenhang umfassende Informationspflichten fordern werde.

Ferner sei zu erwarten, dass die Frage der Energiebesteuerung die Agenda aller Gremien bestimmen werde. Die EU-Kommission habe zwar noch kein Papier vorgelegt, dennoch beschäftige sich bereits die Fachöffentlichkeit mit diesem Thema.

Mit Blick auf die Klimaschutzverhandlungen im Dezember in Kopenhagen betonte Reul die dringende Notwendigkeit eines Abkommens, um die Lasten des Klimaschutzes zukünftig global gerecht zu verteilen. Mit Blick auf die weit reichenden Konsequenzen für Europa lege er besonderen Wert auf die Formulierung präziser Emissionsreduktionsverpflichtungen für alle Staaten. Eine wague Festlegung auf das angestrebte 20% Ziel mit der Folge, dass dann das europäische CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel auf 30% heraufgesetzt wird, lehne er ab. Er betonte, dass es in diesem Zusammenhang sehr hilfreich wäre, über einen Katalog zu verfügen, in dem die Reduktionskriterien des Abkommens definiert wären. Leider sei eine entsprechende Initiative einiger Europaparlamentarier ohne Erfolg geblieben.

Mit Blick auf die Richtlinie zum Handel mit Treibhausgasemissionen kam er auch auf die vorläufige Liste der 164 Industriesektoren und –teil-sektoren zu sprechen, die als anfällig für Produktionsverlagerungen gelten und nach dem überarbeiteten EU-Emissionshandelssystem mehr kostenlose Emissionszertifikate als andere erhalten sollen. Er befürchte, dass im Nachhinein versucht werde, diese Liste zu Lasten der Unternehmen zu verändern.

Eine weitere strittige Frage sei die des Wettbewerbs innerhalb der

Energiewirtschaft, obwohl bereits im letzten Jahr das Dritte Energiebinnenmarktpaket beschlossen wurde. Reul erinnerte daran, dass die Beschlüsse einen schwierigen Kompromiss darstellten, weil die Organisation des Wettbewerbs auch von den nationalen Besonderheiten abhängig sei. Er befürchte, dass die EU-Kommission nun versuche, durch eine einseitige Interpretation den Beschluss in ihrem Sinne umzudeuten. Reul plädierte dafür, zunächst die Wirkung des Paketes abzuwarten, bevor weitere Maßnahmen seitens der EU-Kommission ergriffen werden.

Abschließend gab Reul für die künftigen politischen Entscheidungen zu bedenken, dass es das Ziel von Unternehmen sei, Geld zu verdienen. Wenn dieses in Europa nicht möglich sei, würden sie abwandern. Sein Interesse gelte deshalb einem guten Zusammenspiel von Unternehmen und Politik.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

#### **Kontakt:**

Katja Freitag  
Referentin  
Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Stralauer Platz 33-34  
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[freitag@zukunftsenergien.de](mailto:freitag@zukunftsenergien.de)  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)